

Zeitschrift:	Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali
Herausgeber:	Schweizerischer Zivilschutzverband
Band:	51 (2004)
Heft:	7
Artikel:	Europa und die Schweiz : welche sicherheitspolitischen Herausforderungen?
Autor:	Herzig, Mark A.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-370022

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aussagen anlässlich des «Colloquiums Sicherheitspolitik und Medien» (vgl. unseren Bericht in dieser Ausgabe). Wir haben heute 26 koordinierte Sanitätsdienste in der Schweiz, wurde im Plenum festgestellt; das habe seine Vorteile, weil auf die besonderen Gegebenheiten jedes Kantons eingegangen werden könne. Andererseits sind eben diese Kantone sehr unterschiedlich weit in der Umsetzung des Konzepts.

Koordinationsbedarf ist vorhanden, wurde einmütig festgestellt. Hier fehle es aber vorab an politischer Führungskraft bzw. politischem

Führungs willen. Auch müsse vermehrt über Regions-, Kantons- und gar Landesgrenzen hinweg gedacht und gehandelt werden – Grossereignisse und schon gar nicht Katastrophen machen an Grenzen nicht halt. «Und es ist zu spät, wenn man sich erst am Einsatzort kennen lernt», wurde sehr nachdrücklich festgehalten. Von da ausgehend wünschte man sich einerseits mehr Unterstützung auf kantonaler Ebene, auch durch das KSD-Team Schweiz. Ob dieses als Verein wirklich viel bewegen könne, wurde in Frage gestellt. Es wäre von grösstem Vorteil, einen offiziellen Auftrag, ver-

gleichbar denjenigen anderer ziviler Organisationen, zu erhalten. Vorerst gibt es wohl die Möglichkeit, den Vereinsmitgliedern Weiterbildung anzubieten, die sie dann in Kanton und Gemeinde im Sinn des Schneeballeffektes einsetzen können.

An den Vorstand des KSD-Team Schweiz erging der Auftrag, die Situation weiter zu studieren und einer kommenden Vereinsversammlung entsprechende Statutenänderungen (Erweiterung bzw. Neuformulierung von Zielen usw.) zum Entscheid vorzulegen. □



Divisionär Jakob Baumann (Chef Planungsstab Armee), Bruno Lezzi (Inlandredaktor NZZ), Nationalrat Boris Banga (Mitglied SiK NR), Peter Forster (Publizist; Leiter Podiumsdiskussion), General Klaus Reinhardt, Andreas Wenger (Leiter Forschungsstelle Sicherheitspolitik ETH), von links.

COLLOQUIUM «SICHERHEITSPOLITIK UND MEDIEN»

Europa und die Schweiz: Welche sicherheitspolitischen Herausforderungen?

Im Auditorium Maximum der ETH Zürich fand das zwölftes «Colloquium Sicherheitspolitik und Medien» mit über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Schweiz und dem Ausland statt. Es war eine intensive Veranstaltung mit äusserst pointierten Aussagen, viel Lob für die Schweiz, aber auch mit viel Selbstkritik, die jedoch nie in die oft geübte Selbstzerfleischung abglitt.

MARK A. HERZIG

«Die politische Paralyse droht die Schweiz in die Isolation zu führen», mahnte Thomas Wagner, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Außenpolitik, in seiner kurzen Eröffnungsrede. Die bilateralen Verhandlungen hätten akzeptable Lösungen gebracht. Die EU werde aber mit der eben unterschriebenen neuen Verfassung noch handlungsfähiger, und deshalb sei ein systematischer politischer Dialog auf vielen Feldern nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Aktueller könnte deshalb das diesjährige Colloquium «Sicherheitspolitik und Medien» gar nicht sein.

Völlig neue Ausrichtung

Klaus Reinhardt, ehemals Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte Europa Mitte und Kommandeur des zweiten Kontin-

gents der Kosovo-Force (KFOR), nahm den Gedanken Wagners auf und stellte fest, dass die Erweiterung der EU zu einer völlig neuen Ausrichtung führe; die Nachbarn würden, durch das Verschieben der Grenzen nach aussen, ständig andere. Das war der Auftakt zu einem äusserst dichten, mit Informationen vollgepackten Referat «Perspektiven der europäischen Sicherheitsarchitektur».

Reinhardt fasste abschliessend, auf die geopolitische Sichtweise zurückkommend, zusammen:

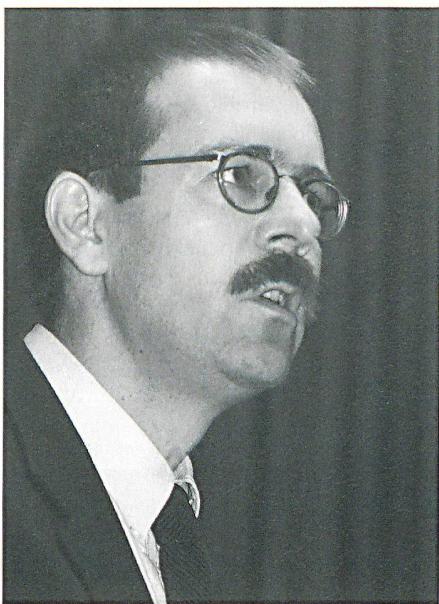
- Eine enge Zusammenarbeit zwischen EU und NATO bleibt zentrales Fundament.
- Ein Top-down-Ansatz muss die Planungen zwischen Regierungen der EU und ihren Streitkräften abstimmen, dazu klare Linien und verbindliche Strukturen vorgeben.

- Dieser Top-down-Ansatz muss sich vornehmlich um die Angleichung der bisher rein national gefahrenen einzelstaatlichen Vorstellungen bemühen. Dabei sollte der Gesamtumfang der europäischen Streitkräfte ebenso analysiert werden wie Übertragung nationaler Befugnisse auf eine demokratisch legitimierte europäische Ebene.
- Europäische Streitkräfte entstehen nicht aus der Addition der unterschiedlichsten nationalen Vorstellungen, sondern können nur aus der politischen Übereinkunft einer europäischen Sicherheitsarchitektur von oben nach unten geschaffen werden.
- Dazu müssen aber die Hebel umgelegt, von vollmundigen leeren Versprechungen Abschied genommen und der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU der politische und finanzielle Stellenwert eingeräumt werden, der ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung entspricht und den die Welt von einem geeinten Europa erwartet. Nur dann wird Europa in der Lage sein, künftige strategische Entscheidungen dieser Welt nachhaltig mit beeinflussen zu können und die Option in greifbare Nähe zu rücken, die der chinesische Strategie Sun Zu vor rund 2400 Jahren als die erfolgreichste bezeichnet: Den Gegner und sein Macht-potenzial auszuschalten, ohne zerstörende Gewalt anzuwenden.

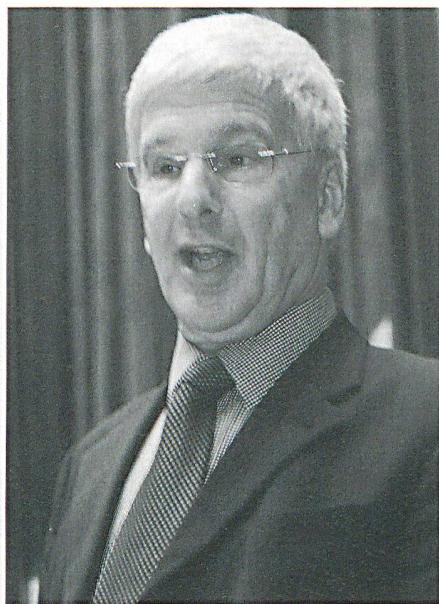
Weder autonom noch rein militärisch

Andreas Wenger, Professor an der ETHZ und dort Leiter der Forschungsstelle für

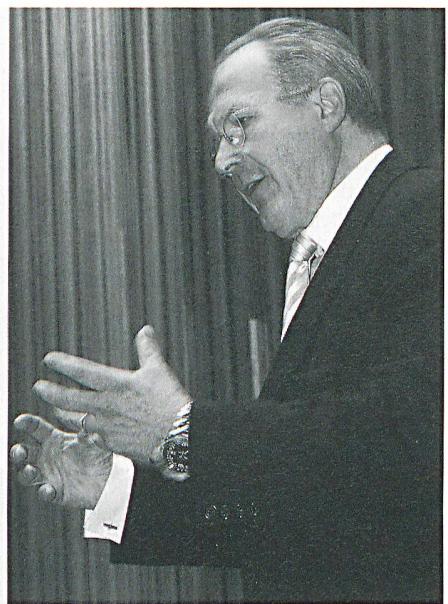
FOTOS: M. A. HERZIG



Andreas Wenger.



Klaus Reinhart.



Thomas Wagner.

Sicherheitspolitik, betonte gleich zu Beginn seines Referates «Beurteilung der sicherheitspolitischen Grundlagen der Schweiz mit Blick auf die Zukunft», dass es von der Vorstellung Abschied zu nehmen gelte, man könne Sicherheit autonom bewahren und die Sicherheitsauf Militärpoltik reduzieren.

Dazu müsse aber besser informiert und geradliniger (politisch) geführt werden. Die notwendigen öffentlichen Sicherheitsdebatten werden so möglich, aber bitte jenseits politischer Luftballons und organisatorischer Detailfragen. Sie dürfen auch nicht dazu dienen, längst Beschlussenes wieder rückgängig zu machen.

Wengers Fazit:

- Nach den klaren Abstimmungsresultaten der vergangenen Jahre ist der Weg frei, die sicherheitspolitischen Reformvorhaben umzusetzen und die unter dem Motto «Sicherheit durch Kooperation» in Angriff genommene Neuausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik auf einer soliden innenpolitischen Basis voranzutreiben. Die Richtung der laufenden sicherheitspolitischen Reformprojekte stimmt; das Rad soll und darf nicht zurückgedreht werden.
- Der Blick auf die Entwicklungen im zurückliegenden Jahr macht allerdings deutlich, dass die öffentliche Diskussion rund um die Armee angesichts des zunehmenden Finanz- und Leistungsdruckes vorerst durch strukturelle, organisatorische und ablauftechnische Herausforderungen geprägt war. Dies kann insofern nicht erstaunen, als die Armeeplanungen nicht mehr durch den Verteidigungsfall und ein klar umrissenes operatives Verteidigungskonzept bestimmt werden. Angesichts eines komplexen und sich rasch wandelnden Risiko- und Bedrohungsbildes geht es vielmehr um die Erarbeitung fundamentaler Prinzipien, nach welchen die Armee ihren Beitrag zu den

sicherheitspolitischen Zielen des Landes leisten soll.

Umso wichtiger ist vor diesem Hintergrund, dass die Politik den Reformprozess der sicherheitspolitischen Instrumente in eine klare Richtung lenkt. Sicherheitspolitik braucht nicht nur in Europa, sondern auch in der Schweiz einen Top-down-Ansatz; mit anderen Worten: Eine bedrohungsgerechte Ausrichtung der sicherheitspolitischen Strategien und Instrumente setzt einen politischen Dialog voraus, der nicht in erster Linie durch die Verfügbarkeit der finanziellen Mittel bestimmt wird. Das Ziel der Sicherheitspolitik ist staatliche Handlungsfähigkeit.

- Ich wünsche der Schweiz, dass die sicherheitspolitische Diskussion in Zukunft noch offener und aktiver geführt wird. Es ist dabei die Aufgabe der Politik, der Bevölkerung deutlich zu machen, dass eine sinnvolle strategische Antwort auf die neuen Risiken und Bedrohungen, die Ziele, Strategien und Mittel der Sicherheitspolitik erkennbar in Übereinstimmung bringt, nur noch im Rahmen einer intensivierten nationalen und internationalen Kooperation entstehen kann. Sie muss innenpolitisch ermöglichen, was sicherheitspolitisch notwendig ist.

Angeregte Diskussion

Dankbar wurde anerkannt, dass genügend Zeit für ein Podiums- und Plenumsgespräch zur Verfügung stand. Und dass diese, aufgrund der «Steilpässe» von Reinhart und Wenger auf anregende und interessante Weise unter Leitung des Publizisten Peter Forster genutzt wurde, versteht sich fast von selbst. Auf dem Podium hatten außer Forster, Reinhart und Wenger Divisionär Jakob Baumann, Boris Banga und Bruno Lezzi Platz genommen.

Boris Banga, als Nationalrat Mitglied der sicherheits- und der aussenpolitischen Kommissionen, beleuchtete vorab die innenpoli-

tischen Dimensionen. Als Angehöriger einer Minderheit fühlt sich der SP-Politiker bestätigt und fürchtet hinsichtlich Sicherheitspolitik unheilige Allianzen zwischen ganz rechts und fundamental links. Also unter Blöcken, die eine Armee «zwischen Landsknecht und französischer Revolution» wünschen, bzw. diese nach wie vor ganz abschaffen wollen.

Auch Bruno Lezzi, Historiker und NZZ-Redaktor, ortete Informationsdefizite, die unter anderem die Planungsarbeit von Divisionär Jakob Baumann erschweren. Die untermauerte Doktrin «Sicherheit durch Kooperation ist noch nicht weit ins Volk gedrunnen. Dies macht es noch schwieriger, in der «Umgebung einer Milizarmee» (diese wurde nicht in Frage gestellt) eine Armee XXI aufzubauen – immerhin gibt es hunderttausende Spezialisten...»

Walter Donzé, Zentralpräsident des mitorganisierenden Schweizerischen Zivilschutzverbands – auch er Mitglied der nationalrätslichen Sicherheitspolitischen Kommission –, sagte im Schlusswort, er fühle sich wie einer, der den Sack zumachen und mit einer Etikette adressieren müsse: «An wen soll ich diesen Sack nun schicken?», fragte Donzé. Wohl am ehesten an den Bundesrat, der in dieser Sache führen müsse. Dann an all jene, welche immer noch nicht gemerkt hätten, dass in Samuel Schmids Departement, dem VBS, auch «B» wie Bevölkerungsschutz vorkomme. Und an alle jene, welche die unbestreitbar vorhandenen Probleme mit Populismus angehen wollten und nicht bereit seien, vernetzt zu denken.

«Weitermachen», hatte Klaus Reinhart auf die Frage geantwortet, was er der Schweiz empfehle. Weitermachen, positiv denken und Erfolgsgeschichten, wie sie etwa das Bundesamt für Flüchtlinge oder eben der Zivilschutz vorzuweisen hätten, nicht unter dem Deckel rudimentärer Information zu halten: So könnte die Stimmung am Ende des diesjährigen Colloquiums beschrieben werden. □